

28. IHK-Regionalkonferenz “Energie und Rohstoffe für morgen”

Lingener Erklärung

Die von Bundestag und Bundesrat im Sommer 2011 beschlossene Energiewende setzt ambitionierte Ziele. Damit beinhaltet sie sowohl Chancen als auch Risiken. Zugleich ist ihr Gelingen an zahlreiche Voraussetzungen geknüpft. So soll nach Auffassung der Bundesregierung bis 2050 Strom zu 80 Prozent aus erneuerbaren Energien stammen und der dazu erforderliche - auch grenzüberschreitende - Netzausbau realisiert werden. Bereits bis 2020 wird eine zehnpromtente Senkung des Stromverbrauchs angestrebt. Die Bundesregierung vertraut zudem darauf, dass europäische Staaten ähnliche Energie- und Klimaziele verfolgen und Deutschland bei der Zielerreichung unterstützen.

Wegen der herausragenden Bedeutung der Energie- und Rohstoffpolitik für die Wirtschaft hat die IHK-Organisation das Jahr 2012 bundesweit unter das Thema „Energie und Rohstoffe für morgen“ gestellt. In diesem Zusammenhang beteiligt sich die IHK durch vielfältige Projekte und Aktionen vor Ort aktiv am Gelingen der Energiewende.

Weil die Wirtschaft auch zukünftig auf eine wettbewerbsfähige Energie- und Rohstoffversorgung angewiesen sein wird, sind jetzt insbesondere folgende Handlungsfelder wichtig:

Preise wettbewerbsfähig gestalten: Über das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) werden die Mehrkosten für die Vergütung von regenerativ erzeugtem Strom auf alle Stromabnehmer umgelegt. Für 2012 beträgt die EEG-Umlage 3,59 Cent/kWh. Schon jetzt messen 93 Prozent der Betriebe in der Region Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim steigenden Energiepreisen eine wachsende Bedeutung bei. Gemeinsames Ziel von Politik und Wirtschaft sollte es deshalb sein, wettbewerbsfähige Energiepreise für die gesamte Wirtschaft langfristig sicherzustellen. Dazu sollten der bisherige Instrumentenmix aus Energiesteuern, EEG, KWK-Förderung und CO₂-Emissionszertifikatehandel besser abgestimmt und die daraus resultierenden Belastungen für Unternehmen begrenzt werden. Dabei sind Effizienz und Eignung einzelner Instrumente auch grundsätzlich zu hinterfragen.

Versorgungssicherheit gewährleisten: Deutschland hatte in den letzten Jahren europaweit die geringsten Ausfallzeiten im Stromnetz. Die Versorgungsunterbrechung pro angeschlossenem Endverbraucher und Jahr betrug in Deutschland im Jahr 2010 im Schnitt nur 14,90 Minuten bei Strom. In Frankreich liegt der entsprechende Wert bei durchschnittlich 66 Minuten jährlich. Für die Wirtschaft hat die jederzeitige Verfügbarkeit von Energie höchste Priorität. Gemeinsames Ziel von Politik und Wirtschaft sollte es deshalb sein, auch zukünftig größtmögliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dazu sind leistungsfähige Übertragungs- und Verteilnetze sowie zusätzliche, flexibel regelbare Kraftwerke und Speicher erforderlich.

Infrastrukturausbau beschleunigen: Die Errichtung neuer Anlagen zur Energieerzeugung, -speicherung und -verteilung unterliegt aufwändigen und z. T. langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren. Auch deshalb ist rund die Hälfte der 24 Ausbauprojekte nach dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) in Verzug. Gleichzeitig ist die Realisierung von Energieinfrastrukturen oft nur gegen Widerstand von Teilen der Bevölkerung und damit verbundenen Mehrkosten sowie zusätzlichem Zeitaufwand möglich. Gemeinsames Ziel von Politik und Wirtschaft sollte es deshalb sein, den Infrastrukturausbau zu beschleunigen, indem die Verfahren gestrafft, Informationsbarrieren abgebaut und intensiv für die Akzeptanz bei den Bürgern vor Ort geworben wird. Grundstückseigentümern sollten angemessene Entschädigungen gewährt werden. Die IHK wird sich aktiv in diesen Prozess einbringen, u. a. durch ihre Aktivitäten im Arbeitskreis „Akzeptanz und Effizienz bei der Planung und

Durchführung industrieller Großvorhaben“ im Rahmen der 7. Regierungskommission „Europäische Umweltpolitik und Vorhabenplanung“ des Landes Niedersachsen.

Energieeffizienz steigern: Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine wesentliche Voraussetzung der Energiewende. So ist bereits bis 2020 eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent gegenüber dem Basisjahr 2008 angestrebt. Soweit Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz trotz kurzer Amortisationszeiten nicht genutzt werden, liegt dies regelmäßig an bestehenden Informationsbarrieren oder rechtlichen Investitionshemmnissen. Gemeinsames Ziel von Politik und Wirtschaft sollte es deshalb sein, die Energieeffizienz durch Abbau dieser Hemmnisse zu steigern. Die IHK wird dies u. a. durch ihre Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation mit der Bundesregierung sowie durch ein neues IHK-Netzwerk Energie aktiv unterstützen.

Energieforschung intensivieren: Für die Förderung der Energieforschung stehen im 6. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung von 2011 bis 2014 rund 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 75 Prozent gegenüber dem 5. Energieforschungsprogramm 2006 bis 2009. Gemeinsames Ziel von Politik und Wirtschaft sollte es deshalb sein, die Energieforschung weiter zu intensivieren und damit einen Beitrag dazu zu leisten, Märkte für neue Technologien zu erschließen. Die IHK wird den Zugang insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen zu neuen Forschungsergebnissen durch individuelle Beratungen und - gemeinsam mit den Hochschulen - mit Veranstaltungen wie „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ befördern.

Rohstoffe nachhaltig sichern: Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe haben sich in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen. Trotz vermehrter Anstrengungen für mehr Ressourceneffizienz in den Unternehmen drohen damit weiter erhebliche Kostensteigerungen. Gemeinsames Ziel von Politik und Wirtschaft sollte es deshalb sein, die Versorgung der Unternehmen mit Rohstoffen nachhaltig zu sichern. Dazu sollten die außenpolitischen Kontakte zu Lieferländern intensiviert und Rohstoffbezüge vertraglich besser abgesichert werden. Zugleich sollte das Potenzial der Rohstoffförderung im Inland besser erschlossen werden. Die IHK wird sich deshalb dafür einsetzen, dass entsprechende Vorrangflächen für die Rohstoffgewinnung im Landes-Raumordnungsprogramm und in Regionalen Raumordnungsprogrammen vorgesehen werden.

Die 28. IHK-Regionalkonferenz bittet die Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages, des Niedersächsischen Landtages sowie die Vertreter der Kommunalpolitik, durch entsprechende politische Beschlüsse die in dieser Erklärung genannten Ziele zu unterstützen.

Osnabrück, 6. Juli 2012